

Anerkennung des Buddhismus in Belgien auf der Zielgeraden

Die neue belgische Regierung, hat am 1. Oktober 2020 in ihrem politischem Regierungsprogramm zur Legislaturperiode 2020-2024, folgende Erklärung abgegeben: „*Die Regierung wird die Belgische Buddhistische Union (BBU) in Absprache mit den Bundesstaaten als eine Organisation anerkennen, die in nicht-konfessioneller philosophischer Perspektive eine moralische Unterstützung leistet*“.

Damit wird der Buddhismus als eine nicht-konfessionelle Philosophie gemäß Artikel 181 § 2 der belgischen Verfassung anerkannt, in gleicher Weise wie zum Beispiel die Humanistischen Freidenker.

Unter den Artikel 181 § 1 fallen Gottesdienst-Religionen wie die katholischen, protestantischen, anglikanischen und orthodox-christlichen Kirchen sowie den Islam und das Judentum.

Die BBU hat sich für die Anerkennung nach Artikel 181 § 2 entschieden, weil der Buddhismus keinen Glauben an einen Schöpfer-Gott vertritt. Die Vorteile der Anerkennung als nicht-konfessionelle Philosophie sind identisch mit denen der abrahamischen Religionen seit Gründung des belgischen Königreichs im Jahre 1830. Dies ist eine belgische Besonderheit.

Der erste Antrag auf Anerkennung wurde am 20. März 2006 gestellt. Seit dem 24. Juli 2008 erhält die BBU eine gesetzlich festgelegte jährliche Finanzhilfe, um den Buddhismus zu unterstützen, sich auf seine Anerkennung vorzubereiten. Damit konnte die BBU einen hauptamtlichen Generalsekretär und ein Büro finanzieren.

Der Gesetzestext zur Anerkennung des Buddhismus war abgeschlossen und stand kurz vor der Verabschiedung, als im Dezember 2018 die Regierung durch den Rücktritt der Flämisch-Nationalistischen Partei ihre Mehrheit verlor. Dies hatte zur Folge, dass die Anerkennung nicht mehr abgestimmt werden konnte.

Die BBU brachte dann den Gesetzestext erneut im Parlament ein, im Vertrauen auf eine Mehrheit für die Anerkennung. Der Text dieses Gesetzesvorschlags verschob sich aber um ein weiteres Jahr, weil sich nach den Wahlen vom 25. Mai 2019 die politische Landschaft sehr kompliziert darstellte.

Es dauerte fast 500 Tage, bis eine Regierungskoalition gefunden wurde, da der flämische Norden des Königreichs für die Rechte bzw. extreme Rechte und der französischsprachige Süden für die Linke bzw. extreme Linke gestimmt hatte.

Als sich schließlich im August 2020 eine Koalition aus sieben politischen Parteien zu bilden schien, schrieb die BBU an alle sieben Parteivorsitzenden, um sie an die Anerkennung des Buddhismus im neuen Regierungsprogramm zu erinnern. Dies hat sich als erfolgreich erwiesen, denn der Vorschlag wurde einstimmig von der neuen Regierung mit ihren flämischen, französischsprachigen, sozialistischen, liberalen, christdemokratischen und ökologisch orientierten Parteien angenommen.

Die Anerkennung wird möglich durch die Erfüllung von fünf Kriterien:

1. Eine Vertretungsorganisation zu sein: Die Belgische Buddhistische Union ist die alleinige Dachorganisation der buddhistischen Gemeinschaften und vertritt 30 Organisationen unterschiedlicher Traditionen und nahezu alle Zentren in Belgien. Vier weitere Gemeinschaften haben die Mitgliedschaft beantragt.
2. Eine langjährige Präsenz in Belgien: sie geht auf die sechziger Jahre zurück, in der die ersten Zentren des Theravada-, Mahayana- und Vajrayana-Buddhismus gegründet wurden.
3. Die Gemeinnützigkeit: Dies zeigt sich deutlich am Beitrag der BBU und seiner Mitgliedsorganisationen am Ausbau einer friedlichen und harmonischen Gesellschaft, in der die buddhistischen Werte Freigebigkeit, Ethik, Geduld, Engagement, Meditation, Mitgefühl und Weisheit dazu beitragen, den Leidensdruck all jener zu lindern, die auf der Suche nach Antworten oder Inspiration sind.
4. Eine hohe Anzahl von Buddhisten: Eine im Jahr 2008 von „Phonecom“ durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass etwa 150 000 Belgier den Buddhismus als ihre Lebenseinstellung betrachten und dass er für etwa 500 000 Menschen als Inspirationsquelle angesehen wird.
5. Keine Gefahr für die Gesellschaft darzustellen.

Der Weg zur Anerkennung ist nun frei, muss aber noch sehr aufmerksam begleitet werden, um sicherzustellen, dass der neue Justizminister ohne Zeitverlust die nötigen Schritte unternimmt damit die Implementierung der Anerkennung vollendet werden kann.

Die dafür nötigen Gespräche mit der neuen Justizministerin sind bereits durch die BBU angefragt. Der Beschluss der Regierungserklärung besagt, dass sie den Buddhismus "in Absprache mit den föderalen Einheiten" anerkennen wird, d.h. mit den Regierungen der 3 Regionen (Flandern, Wallonien und der Brüsseler Region). Dies wird Auswirkungen auf deren Haushalt haben, da sie Mittel für die Instandhaltung der Gebäude der buddhistischen Zentren bereitstellen müssen. In Absprache mit den Regierungen der französischen, flämischen und deutschen Regionen, die für das Schulsystem verantwortlich sind, müssen auch Gelder für Lehrer und Inspektoren des Buddhismus in den Schulen vorgesehen werden.

Das bedeutet, dass der föderale Justizminister sich schriftlich an die politischen Behörden der Regionen und Gemeinschaften wenden muss, um ihre Zustimmung zum Gesetzestext zu erhalten. Das belgische föderale Regierungssystem ist in der Tat recht kompliziert. Die regionalen Behörden werden für die Finanzierung der Reparatur und Erneuerung der für die buddhistischen Zentren benötigten Gebäude verantwortlich sein, während die Regionen die Lehrer und Inspektoren für den Unterricht des Buddhismus im Schulsystem bezahlen müssen. Die Bundesregierung wird für die Zahlung der Löhne und Pensionen der buddhistischen Ratsmitglieder zuständig sein, so wie sie das auch für die Rabbiner, Imame, Priester usw. ist, sowie für die Finanzierung des BBU-Generalsekretariats. Sobald der Bundesminister sie offiziell um ihre Meinung gebeten hat, wird die BBU mit den Regionalministern zusammenzutreffen, um sicherzustellen, dass sie so bald wie möglich ihre

Zustimmung erteilen. Wenn es keine Hindernisse gibt, kann dies zwischen 3 und 6 Monaten dauern.

Sobald die Regionen und Gemeinschaften ihre Zustimmung gegeben haben, geht der Gesetzestext, wie jedes andere Gesetz in Belgien, an den Staatsrat, um zu prüfen, ob der Text nicht gegen die belgische Verfassung verstößt. Dies wird weitere 30 Tage dauern. Danach muss das Gesetz dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. Da die Regierung die Mehrheit im Parlament hat, wird es keine Schwierigkeiten geben, das Gesetz zur Abstimmung zu bringen, aber es wird noch einige Zeit dauern. Es wird angenommen, dass die Mehrheit der Opposition für die Anerkennung stimmen wird, vielleicht mit Ausnahme der Rechtsextremen und der Kommunisten.

Nach der Abstimmung muss der König das Gesetz noch unterzeichnen und verkünden. Von diesem Moment an ist der Buddhismus dann offiziell den katholischen, protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen, dem Islam, dem Judentum und den humanistischen Freidenkern gleichgestellt. Wenn keine Hindernisse auftreten, kann dies zwischen sechs Monaten und einem Jahr dauern. Die BBU wird ihr Bestes tun, um diesen Prozess zügig voranzutreiben.

Die belgische Regierung erkennt die BBU als den alleinigen offiziellen Vertreter des Buddhismus in Belgien an. Wenn ein buddhistisches Zentrum Zuschüsse von der Regierung erhalten möchte, muss es Mitglied des BBU sein. Die Zentren werden dadurch in der Lage sein, Mittel für Reparaturen ihrer Gebäude zu erhalten.

Buddhistische Lehrer aller Traditionen werden auf der Gehaltsliste der Regierung stehen, wie christlichen Priester, jüdischen Rabbiner, Imame und Ratsmitglieder der Freidenker. Sie werden von der BBU ernannt, die als ihr Arbeitgeber betrachtet wird.

Die Lehrer, die dann den Buddhismus an öffentlichen Schulen unterrichten, werden von der BBU ernannt und müssen nicht nur die eigene, sondern auch einen Überblick über alle Traditionen lehren können. Die BBU wird Inspektoren haben, die von der Regierung bezahlt werden, um die Qualität des in den Schulen vermittelten Lehrstoffs zu überprüfen. Dies gilt bereits für die christlich-katholische, die protestantische, die anglikanische und die orthodoxen Religionen sowie für die jüdische-, die islamische- und die humanistische Freidenker-Gemeinde. Es wird buddhistische Seelsorger geben, die von der Regierung bezahlt werden, um in Gefängnissen, Krankenhäusern und in der Armee tätig zu sein.

Für den Besuch ausländischer Mönche und Nonnen, Lehrer, Lamas usw. wird es viel einfacher sein, Visa zu erhalten und Aufenthaltsgenehmigungen für sie zu beantragen.

Sobald der Buddhismus anerkannt ist, wird die BBU auch eingeladen, dem Rat der Religionen und nichtkonfessionellen Philosophien beizutreten, der zweimal jährlich unter dem Vorsitz des Premierministers tagt. Dieser Rat wird zur Förderung der Harmonie im Land und insbesondere zur Verhinderung von Radikalismus und Terrorismus konsultiert.

Der Präsident der BBU wird dann jedes Jahr vom König in den Königspalast eingeladen, zusammen mit katholischen, anglikanischen und orthodoxen Bischöfen, dem protestantischen Kirchenoberhaupt, dem jüdischen Groß-Rabbiner, den Präsidenten muslimischer Organisation, der humanistischen Freidenker sowie politischen Vertretern und Botschaftern der in Belgien vertretenen Länder. Dies wird dem Buddhismus in Belgien einen umfassenden offiziellen Status verleihen.

Text: Carlo Luyckx, Präsident der Belgischen Buddhistischen Union
Übersetzung: Gabriela Frey, Europäische Buddhistische Union

Belgische Buddhistische Union: <https://www.buddhism.be/fr/>